

# Stopp für Windstrom-Trasse

## Berliner Firma wollte Freileitung quer durch das Weser-Ems-Gebiet bauen

Von unserem Redakteur  
Krischan Förster

**WILHELMSHAVEN.** In der Nordsee drehen sich gerade einmal ein paar Rotorwa. Die ersten kleinen Pilotprojekte. In den nächsten zehn Jahren aber sollen riesige Windparks an See die in Deutschland installierte Windenergieleistung mehr als verdoppeln. Der erzeugte Strom allerdings muss erst einmal an Land und weiter zu den großen Abnehmern im Landesinneren transportiert werden.

Dafür muss das vorhandene Netz ausgebaut werden. 845 Kilometer neuer Hochspannungseleitungen seien nötig, heißt es in einer kürzlich veröffentlichten Studie. Vor allem betroffen sind Niedersachsen und Schleswig-Holstein, wo die Lücken am größten sind. Der Energiekonzern E.on legt bereits los: Zwischen Dolmenborst und St. Hölte bei Diepholz ist eine 60 Kilometer lange Freileitung durch die Wüdeshauser Geest geplant. Die Vorarbeiten sind bereits weit gediehen – trotz des massiven Widerstands der Anwohner.

Auch die Berliner Firma „Windland“ war offenbar in Goldgräberstimmung. Sie wollte eine 190 Kilometer lange Trasse von Dornum und Wilhelmshaven aus nach Süden

bis ins Ruhrgebiet schlagen. Doch in diesem Fall hat Hannover die Notbremse gezogen. Das Raumordnungsverfahren wurde vom Landwirtschaftsministerium mit sofortiger Wirkung auf Eis gesetzt. „Wir können nicht zulassen, dass hier mitten im schönen Windpark exklusiv eine Freileitung gelegt wird“, erklärt Ministerialdirektor Gert Hahn. „Windland“ wollte einen vor Hildesheim geplanten Windpark anschließen. Offenbar wurde auch darauf kalkuliert, die Betreiber anderer Windparks später als Kunden zu gewinnen. „Das war Planung auf Verdacht ohne hieb- und stichfeste Begründung“, sagt selbst Peter Ahmeis, Präsident des Bundesverbandes WindEnergie (BWE).

Deshalb will Niedersachsen sein Raumordnungskonzept bis Ende kommenden Jahres neu entwickeln. „Wenn schon derart tiefgreifende Eingriffe in die Natur nötig sind, wollen wir wenigstens die Schäden in Grenzen halten“, betont Hahn.

Ursprünglich war von bis zu sieben neuen Stromrussen allein im Weser-Ems-Gebiet die Rede. Nun soll nach dem Willen des Landes möglichst ein einziger Korridor genügen, um den Offshore-Strom gebündelt weiter zu leiten. Wo am günstigsten und mit den geringsten Folgen gebaut werden kann, wird bis dahin geprüft. Bereits existierende

Knotenpunkte im Netz wie Wiefelstede-Capenbude (nördlich Ammerland) aber sollen laut Hildegarde Zeck, Referatsleiterin im Agrarministerium, eingebunden werden.

Die Anwohner der betroffenen Gebiete wird das kaum beruhigen. Sie machen vor allem gegen die bis zu 70 Meter hohen Strommasten mobil und fordern stattdessen Erdkabel. Doch bislang wanken die Stromkonzerne ab. „Zu teuer“, heißt es bei E.on. Die Kosten gehen acht Mal so hoch wie bei einer Freileitung. Ein Argument, das auch in Hannover akzeptiert wird. „Außerdem haben wir als Land nur die ausnahmsweisen Handhabe, die Verwendung von Kabeln vorzuschreiben“, sagt Referatsleiterin Zeck. Etwas in sensiblen Bereichen an der Küste, wo Deiche und Salzwiesen selbstverständlich unterquert werden müssen.

Dem Städte- und Gemeindebund langt dies nicht. „Neue Technologien müssen irgendwann eingeführt werden, dann wird es mit der Zeit auch billiger“, sagt Joachim Vollmer. Er meint das Land durchzinsen in der Pflicht. Klare Rahmenbedingungen seien das Eine. „Warum nicht auch eine Kabelverlegung finanziell fördern?“, Stromkonzerne und Land, vielleicht auch Bund und EU, könnten sich dabei verbinden. „Wir lassen so schnell nicht locker“, sagt Vollmer.